



Liebe Leserinnen und Leser,
die Arbeit im Parlament ist zur Zeit nicht einfach. So viele wichtige Themen und Weichenstellungen stehen an, doch immer ist jede Entscheidung ein zähes Ringen um Kompromisse mit dem Koalitionspartner. Immerhin, wir packen große Themen an: Die Gesundheitsreform ist verabschiedet. Kein Regelwerk, mit dem ich als Sozialdemokratin voll und ganz glücklich sein kann, aber ein wichtiger Schritt. In Berlin und im Wahlkreis war auch sonst einiges los — aber lesen Sie selbst!
Ihre

Monika Griefahn

AUS DEM PARLAMENT

Tornado-Einsatz in Afghanistan

Es war eine der schwersten Entscheidungen im Bundestag, die Monika Griefahn seit langem fällen musste: Letztlich unterstützte sie den Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen für Afghanistan.

„Ich sehe die große Gefahr, in eine kriegerische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden, die wir nicht wollen und nicht gewinnen können“, war Griefahn besorgt. Dennoch spreche einiges für das Votum: Die angespannte Gefährdungslage vor allem im Süden des Landes erfordere die Bereitstellung ausgewählter militärischer Fähigkeiten für die Bekämpfung des Terrors und zum Schutz der dort stationierten Soldaten. Die Sicherheitslage im Land habe sich erheblich verschlechtert. „Das bedroht auch die gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Fortschritte für die Menschen dort“, begründete sie ihr Ja zur Tornado-Entsendung. Eine bessere Aufklärung aus der Luft verringere außerdem Fehlbombardierungen. Griefahn betonte, dass der umfassende Ansatz unbedingt fortgeführt werden müsse: Nur die polizeilichen, politischen, entwicklungspolitischen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen würden wirklich Frieden bringen. Es sei daher eine wichtige Aufgabe von Deutschland und Norwegen, die andern Nato-Staaten zu überzeugen, mehr in den zivilen Aufbau Afghanistans zu investieren.

Klima-Alarm notwendig

UN-Bericht drängt zur Eile, soll der Klimawandel noch gemildert werden

Der neue UN-Klimabericht scheint Bürger und Medien wachzurütteln. Ein Zeitfenster von 15 Jahren nennt der Bericht. Soviel Zeit bleibt uns Menschen, um den Klimawandel so abzumildern, dass wir weiter auf der Erde leben können. Ich habe mich schon früh für Umwelt und Klima engagiert — zunächst bei Greenpeace und dann als Umweltministerin in Niedersachsen. Darum sehe ich die derzeitige Diskussion mit einer gewissen Erleichterung, aber auch sorgenvoll. Jetzt bezweifelt niemand mehr die Aussagen, die uns Aktivisten von damals Buhrrufe eingebracht haben. Es ist gut, dass das Thema in weiten Teilen von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit angekommen ist. Kein Grund zur Genugtuung, denn dass wir wertvolle Zeit verloren haben, bedeutet nichts Gutes. So also sollte jeder sofort dort anpacken, wo er das Klima schützen kann. Was jeder Einzelne tun kann, ist hinlänglich bekannt — und vieles ist auch im ländlichen Raum möglich: Fahrrad fahren auf kurzen Strecken, Fahrgemeinschaften bilden

für regelmäßige Fahrten. Wenn es geht, den Zug benutzen und das Auto stehen lassen.

DEUTSCHE AUTOBAUER MÜSSEN UMDENKEN

Dass wir im Alltag alle in Mobilitätswängen stecken, weiß ich. Darum fordere ich besonders die deutsche Automobilwirtschaft auf, endlich auf das richtige Pferd zu setzen und in die Sauberkeit der Technik zu investieren, wie es die französischen Autobauer vorgemacht haben. Wir als Politiker müssen schnell Einigkeit erzielen, um einen Rahmen vorzugeben, der die Investitionen in umweltfreundlichere Antriebe fördert. Klimaschutz kostet Geld, ja, aber kein Klimaschutz kostet mehr Geld und ist verbunden mit dem Einbüßen von Lebensqualität mit allen erdenklichen Folgen bis hin zu Kriegen. Klimaschutz muss auf allen Ebenen angegangen werden. Weltweite Initiativen wie das Kyoto-Protokoll sind unerlässlich. Auf nationaler Ebene fördern wir Maßnahmen wie

die Anschaffung von Solaranlagen und eine energetische Gebäudesanierung mit Krediten und Zuschüssen.

Die Liste dessen, was Bürger, Politiker und Unternehmer tun können und sollten, ist lang, die Maßnahmen sind häufig einfach. Dass aber Handeln oft genug nicht dem besseren Wissen folgt, beschäftigt mich. Ich glaube nicht, dass der Kampf gegen die Klimakatastrophe gewonnen werden kann, wenn wir Menschen unsere Mentalität nicht verändern. Ein Nachuns-die-Sintflut-Denken aus Bequemlichkeit ist fatal. Es ist schade, dass so vieles, was selbstverständlich sein sollte, nicht umgesetzt wird. Schließlich hat die Umweltschutzbewegung schon sehr viel erreicht: Der totgesagte Wald ist noch am Leben, weil Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Die Flüsse sind wieder sauberer, die Ökobauern kommen kaum hinterher mit ihrer Produktion. Besorgt bin ich dennoch, denn der Handlungszeitraum ist auf ein Minimum geschrumpft. Den Kopf in den Sand zu stecken, nützt aber nichts: Packen wir den Klimaschutz also an. Sofort.

AUS DEM INHALT

Seite 2: Bürgerpreis

Der diesjährige Bürgerpreis für den Landkreis Harburg ehrt ehrenamtliche Verdienste im Bereich des Sports. In der Sparkasse Harburg-Buxtehude in Winsen wurden Details vorgestellt.

AUS DEM INHALT

Seite 3: Limbach zu Gast

Auf Einladung von Monika Griefahn hatte die frühere Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach den Weg in die Heide gefunden. Sie ist jetzt Präsidentin des Goethe-Instituts.

AUS DEM INHALT

Seite 4: Kinderbetreuung

Die aktuelle Debatte um die Kinderbetreuung weist in die richtige Richtung, findet Monika Griefahn — die hofft, dass mit der neuen Bewegung in der CDU/CSU nun große Schritte möglich sind.

AUSFÜHRLICH FINDEN SIE
DIE TEXTE UND JEDE
MENGE WEITERE
INFORMATIONEN IM INTERNET
UNTER
WWW.MONIKA-GRIEFAHN.DE



Landrat Joachim Bordt, Monika Griefahn, die Kreissportbund-Vorsitzende Almut Eutin, MdB Michael Grösse-Brömer und der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Harburg-Buxtehude, Heinz Lüers, schossen das 1:0 fürs Ehrenamt.

Bürgerpreis: Es lebe der Sport

Wieder Auszeichnung für das Ehrenamt

„Sportlich aktiv“ präsentiert sich der Bürgerpreis 2007. Der Landkreis Harburg nimmt zum vierten Mal an der bundesweiten Aktion zur Auszeichnung Ehrenamtlicher teil. Unter dem Motto „Für mich, für uns, für alle“ initiiert die Sparkasse Harburg-Buxtehude erneut gemeinsam mit dem Landkreis Harburg sowie den Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn und Michael Grösse-Brömer die lokale Aktion „Bürgerengagement“. Das Thema in diesem Jahr lautet „Sportlich aktiv“.

Der Bürgerpreis richtet sich an bürgerschaftlich Engagierte, die durch den Einsatz für Sport und Bewegung den sozialen Dialog in ihrem Umfeld fördern. Damit will die Initiative den gesellschaftlichen Beitrag würdigen, den die vielen freiwilligen Schiedsrichter, Übungsleiter, Betreuer, und alle anderen Engagierten im Bereich Sport und Bewegung leisten. Bis zum 31. Mai können sich die Menschen bewerben. Die Gewinner erhalten Geldpreise von bis zu 8.000 Euro, die von der Sparkasse Harburg-Buxtehude gestiftet werden.

Prämiert wird in den Kategorien „Junior“, „Alltagshelden“, „Arbeit & Engagement“ sowie „Lebenswerk“.

Monika Griefahn weiß um die Vorteile eines Sportvereins. „Im Sportverein können Ehrgeiz und Solidarität zusammenfinden, über Altersgrenzen, soziale und kulturelle Unterschiede hinweg. Vereine aktivieren und verbinden Menschen. Wenn nicht hier, wo sonst, wird Kooperation und Teamgeist geübt?“ fragt sie. Sport diene außerdem der Gesundheitsvorsorge, unterstütze Fairness und Toleranz. Griefahn war beeindruckt von den Zahlen aus dem Landkreis Harburg: In mindestens 209 Sportvereinen sind rund 90.000 Mitglieder aktiv.

Gruppen, Vereine, Initiativen, Projekte oder Einzelpersonen, die sich um den Bürgerpreis 2007 bewerben möchten, erhalten die Bewerbungsunterlagen unter anderem in allen Geschäftsstellen der Sparkasse Harburg-Buxtehude und unter www.sparkasse-harburg-buxtehude.de. Fragen werden unter Ruf 040 / 76 69 18 15 beantwortet.

KURZ GEMELDET

Initiative Tempolimit

In der Debatte um den Klimaschutz taucht immer wieder auch das Tempolimit auf deutschen Autobahnen auf. Monika Griefahn ist eine von derzeit 35 SPD-Bundestagsabgeordneten, die ein solches Tempolimit unterstützen. Es komme dem Klima zugute, es verringere die Wahrscheinlichkeit von Unfällen und es präge einen anderen, bewussteren Lebensstil, begründet die Abgeordnete ihr Engagement für langsames Fahren.

KURZ GEMELDET

Zeitzeugen bei „Gesicht zeigen!“

Mit dem Auschwitzüberlebenden Kurt Goldstein und dem unter den Nazis verfolgten Fritz Bringmann wird der Aktionskreis „Gesicht zeigen! im Landkreis Harburg“ in diesem Sommer sein Zeitzeugen-Programm in Schulen fortsetzen. Eine Versammlung der „Gesicht zeigen!“-Unterstützer ist für den 15. Mai 2007 geplant. Sobald das Programm feststeht, geht allen Freunden des Aktionskreises eine Einladung zu diesem Abend zu.



Neue Bürgermeister I: Seit der Kommunalwahl in Niedersachsen sind einige Rathäuser „rot“. Monika Griefahn traf sich in Soltau mit dem neuen Bürgermeister Wilhelm Ruhkopf (o., mit den Dezernenten Johannes Strehle, Bernhard Höveler und Wolfgang Cassebaum), in Neu Wulmstorf sprach sie mit Wolf Rosenzweig (u.) über dessen erste Amtserfahrungen. In der Böhme Stadt warnte der neue Rathaus-Chef, Soltau nur unter dem Aspekt einer möglichen FOC-Ansiedlung zu sehen. Er präsentierte das Konzept „Stadt der Spiele“, das er weiter fortführen will. Es beinhaltet, kreative Spiele in der gesamten Stadt aufzubauen. Auch Wolf Rosenzweig hatte sich schon gut eingefuchst. Er berichtete von den Herausforderungen seiner Kommune: Dazu gehöre es, Verkehrsprojekte weiter voranzubringen — aber auch, eine Nichtraucherlösung für die Bediensteten des Rathauses zu finden.





Kultur mit „Fingerspitzengefühl“

Jutta Limbach war auf Vermittlung von Monika Griefahn zu Besuch beim Kulturverein TriBuehne

Professor Jutta Limbach, „Kulturaußenministerin“, wie sie oftmals genannt wird, kam auf Einladung des Kulturvereins TriBuehne nach Walsrode. „Aufgaben und Ziele auswärtiger Kulturpolitik im 21. Jahrhundert“ lautete der Titel ihres Vortrages. Limbach ist heute Präsidentin des weltweit tätigen Goethe-Instituts. Von 1994 bis 2002 war sie Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Limbach berichtete, schon während ihres Berufslebens großes Interesse an Kultur gehabt zu haben. Als dann jemand für die ehrenamtliche Präsidentschaft des Goethe-Instituts gesucht wurde, war es neben anderen Monika Griefahn, die Limbach für dieses Amt vorschlug. Sie war es auch, die den Besuch in Walsrode vermittelt hatte. Den 144 Anlaufstellen des Goethe-Instituts gehe es nicht um ein Überstülpen



Professor Jutta Limbach (M.) mit Monika Griefahn und Hubert Lux, Vorsitzender des Kulturvereins TriBuehne in Walsrode.

deutscher Kultur. Vielmehr sollten die kulturellen Eigenheiten des Landes mit deutscher Kultur verknüpft werden. Als Beispiel nannte sie Kabul, wo ein bayrischer Zitherspieler mit afghani-

schen Musikern gemeinsam musizierte, weil sich die Zither und die traditionellen afghanischen Instrumente ähnelten. 13,5 Millionen Euro wurden vom Bund ab 2007 für die

Arbeit des Goethe-Institutes zusätzlich zu dem 160 Millionen umfassenden Gesamtetat bewilligt. Es sei in seiner Kulturarbeit und Spracharbeit autonom, hob Limbach hervor. „Es ist Sache des Staates, die Kultur zu fördern. Aber es ist nicht Sache des Staates, Kultur zu administrieren.“

Jüngst hatte das Goethe-Institut einen weltweiten Wettbewerb ausgeschrieben, um ausgewanderte deutsche Wörter zu finden. Die Ergebnisse seien erstaunlich. Oft seien Worte besonderer Empfindsamkeit in andere Sprachen eingewandert. So sei „Fingerspitzengefühl“ in Skandinavien übernommen worden, um eine besondere Sensibilität auszudrücken. Der deutsche Exportschlager ist die Abkürzung „o.k.“: Sie ist ein Begriff aus dem Buch- und Zeitungsdruck und heißt „ohne Korrektor“.

Gegen den Stellen-Kahlschlag

SPD-Unterbezirk Harburg verabschiedet Resolution zur Airbus-Sanierung

Der SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg und Monika Griefahn verabschiedeten am 14.2.2007 eine Resolution zum Airbus-Sanierungsprogramm.

Darin heißt es (stark gekürzte Fassung): „Aus Konzernsicht ist klar, dass eine Sanierung notwendig ist. Aus unserer Sicht als SPD-Unterbezirk im Landkreis Harburg jedoch ist auch klar, dass diese Sanierung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden darf. Wenn im Management Planungsfehler gemacht werden, dürfen die Beschäftigten dafür nicht büßen. Wir setzen uns für einen Dialog zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten, Politik und Unternehmensführung ein, der die Sicherung von Arbeitsplätzen zum Ziel hat. Wir werden in den Gesprä-



Monika Griefahn mit dem Airbus-Chef Deutschland, Thomas Enders (Mitte), und MdB Dietmar Staffelt.

chen und Verhandlungen alles tun, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer zwecks Umgehen geltender Tarifverträge zu schlechteren Konditionen in andere Firmen ausgegliedert werden. Wir werden versuchen, eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in

Billiglohnländer zu verhindern. Grundlage für diese Forderungen ist die Überzeugung, dass Airbus nicht kurz vor der Insolvenz steht. Das Unternehmen verfügt über volle Auftragsbücher. Ein Kahlschlag bei den Stellen ist demnach nicht geboten.“

AUS DEM PARLAMENT

Kompromiss bei Gesundheit

Bei der Abstimmung im Bundestag habe ich für die Gesundheitsreform gestimmt. Ich bin nicht mit allem, was das neue Gesetz beinhaltet, einverstanden, sehe die Reform als Ganzes aber derzeit als einen wichtigen Schritt, um das solidarische Finanzierungssystem weiter aufrechtzuerhalten. Je länger wir eine Entscheidung hinausgezögert hätten, umso mehr Leistungen hätten aus finanziellen Gründen aus dem Katalog genommen werden müssen. Zugestimmt habe ich trotz aller Vorbehalte auch, weil mir wichtige Punkte wie die Absicherung von Kuren und die Sicherung der häuslichen Krankenpflege verbessert worden sind, und weil die rund 300.000 gar nicht Versicherten mit dem Gesetz wieder eine Krankenversicherung bekommen.



RANDNOTIZ

Schutz für Nichtraucher

Auch auf die Gefahr hin, Rauchern auf die Füße zu treten: Monika Griefahns Einsatz im Bundestag gilt eindeutig einem umfassenden Rauchverbot. Die Gefahr gesundheitlicher Schäden insbesondere der passiv mitrauchenden Nichtraucher sei groß. Die Abgeordnete begrüßt daher die neuen Initiativen der Koalitionsspitzen. „Sollten den Ländern viele Ausnahmegenehmigungen eingeräumt werden, konterkariert das die Sache“, meinte sie. Ihr Ziel ist darum eindeutig: „Ich will eine klare Regelung, kein Chaos nach Ländergrenzen.“



Ausstellung GirlsCamp

Als stellvertretende Vorsitzende der Flick-Stiftung wohnte Monika Griefahn der Eröffnung der Fotoausstellung zum Turbine-Wroclaw-Girlscamp im Bundeskanzleramt bei. Dabei handelte es sich um ein von der Flick-Stiftung gefördertes Mädchenfußballprojekt mit deutschen und polnischen Mädchen. Die Stiftung, die sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzt, sieht im Sport eine ideale Möglichkeit der Begegnung und Verständigung. Die Ausstellung zeigt Porträts aller Teilnehmerinnen und Betreuer, sowie in einem Fototagebuch eine Dokumentation der zwölf Projektstage.

Familie mit Beruf – ohne Ängste

Monika Griefahn nimmt zu aktuellen Debatten um die Fragen der Kinderbetreuung Stellung

„Immer mehr Paare, das zeigte eine Umfrage, entscheiden sich gegen Kinder, weil finanzielle Fragen und die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Kinderkriegen vermeintlich nicht zulassen. Wenn wir eine vitale Gesellschaft wollen, müssen wir also noch mehr für Familien erreichen.“

Dass die CDU nun so tut, als hätte sie das Thema erfunden, obwohl Renate Schmidt als Familienministerin schon viel Vorarbeit geleistet hat, sollte dabei zweitrangig sein. Jede und jeder soll die Möglichkeit haben, ohne Existenzängste Kinder zu bekommen. Dafür wollen wir Kinder- und Familienarmut vermeiden

und Familie und Beruf stärker miteinander vereinbar machen – ob in der Krippe, im Hort oder in der Ganztagschule. Ein umfassenderes Betreuungsangebot gibt uns ebenfalls die Möglichkeit, durch bessere Bildung die Chancen unserer Kinder zu verbessern und auch Kinder aus sozial be-

nachteiligten Familien stärker zu integrieren. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2010 für alle Kinder vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt. Außerdem wollen wir schrittweise die gesamte Kita-Zeit beitragsfrei stellen. Kleine Schritte reichen hier nicht aus.“



Neue Bürgermeister II: Monika Griefahn war in den vergangenen Wochen bei neuen Bürgermeistern in ihrem Wahlkreis zu Besuch. Sie sprach in Walsrode mit Silke Lorenz (links), in Rethem traf sie Cort-Brün Voigt. Der unterhielt sich mit der Abgeordneten unter anderem über den demografischen Wandel und dessen Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Voigt hob die relativ gute Infrastruktur im ländlichen Raum hervor. Durch Leader plus hatten sich einige Projekte verwirklichen lassen, zentrale Ver- und Entsorgungseinrichtungen werden vorgehalten. „Diese allerdings müssen später von immer weniger aktiven Menschen bezahlt werden“, machte Voigt sich Sorgen. Die Walsroder Bürgermeisterin gab Monika Griefahn ganz gezielte Wünsche mit auf den Weg. Einer davon: Die seit langem im Gespräch befindliche Y-Trasse zu verhindern. Die Trasse würde Walsrode zerschneiden und schützenswerte Bereiche zerstören. Einen Nutzen würden weder Stadt noch Region davon haben. Hier war sie auf einer Linie mit Monika Griefahn.



KURZ GEMELDET

Mehr Schallschutz beim 3. Gleis?

Monika Griefahn begrüßt die neuen Planungen der Deutschen Bahn AG für den Bau des 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg und die neuen Pläne für den Bau eines 4. Gleises zwischen Stelle und Ashausen: „So ärgerlich die Einstellung der bisherigen vier Planfeststellungsverfahren ist, da dies vermutlich zu weiteren Verzögerungen führt, am Ende könnte ein besserer Schallschutz stehen.“ Monika Griefahn weiter: „Die neue Trassenplanung, geänderte Verkehrsprognosen und die neue Höchstgeschwindigkeit werden dazu führen, dass der Lärmschutz in den betroffenen Gemeinden besser wird als bisher geplant.“ Auch an anderer Stelle sah die Abgeordnete mögliche positive Konsequenzen: Ein zusätzliches 4. Gleis zwischen Stelle und Ashausen könne dazu beitragen, die Verspätungsanfälligkeit des Nahverkehrs auf dieser Strecke zu reduzieren. Winsen biete die Modernisierung der Bahnsteige die Chance, einen behindertengerechten Zugang zu allen Gleisen zu ermöglichen. „Ich hoffe nun auf eine zügige und erfolgreiche Durchführung der neuen Planfeststellungsverfahren“, so Griefahn abschließend.



Die „Ladies“ Karin Plate, Annette Wischendorff, Karin Rostek-Schmehl und Ulrike Kessler (kl. Bild, v.l.) mit Monika Griefahn.

Lady's Day in Berlin

Vier Frauen aus dem Landkreis Harburg dabei

Vier Frauen aus dem Landkreis Harburg hatten im März die Gelegenheit, Einblick in die Arbeit des Bundestages und seiner Abgeordneten zu bekommen. Auf Einladung von Monika Griefahn waren vom Frauennetzwerk „Voice“ die 1. Vorsitzende Ulrike Kessler und die Mitbegründerin und ehemalige 1. Vorsitzende Karin Rostek-Schmehl genauso dabei wie Karin Plate, 1. Vorsitzende der Landfrauen im Landkreis Harburg, und ihre Stellvertreterin Annette Wischendorff. Das Frühstück nutzten die Abgeordnete und ihre vier „Ladies“ zum gegenseitigen Kennenlernen, aber auch zum Austausch über Kinder,

Karriere und die (Frauen-)Politik der Zukunft. Dabei erkannten die Unternehmerinnen, dass die Abgeordnete als Mutter die gleichen Probleme hat wie sie selbst. Ein Fototermin mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck war für die Teilnehmerinnen ein weiterer Höhepunkt des Tages. Danach führte die Abgeordnete Petra Merkel die Unternehmerinnen durch die Gebäude des Bundestages. Auch bei dem anschließenden Besuch einer Plenardebatte blieb es spannend: Die Frauen konnten bei der Abstimmung über die umstrittene Entsendung von Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan live dabei sein.

KURZ GEMELDET

Tortenschnitt und Ganztagsuhr

Bei einem Besuch im Gymnasium Walsrode freute sich die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn, den neuen Direktor Johannes Klapper kennen zu lernen. Gleich wurde ihr eine ganz besondere Ehre zuteil: sie durfte eine große Willkommens-Torte anschneiden, die der neue Rektor zu seinem Amtsantritt von einem Bäckermeister erhalten hatte. Als Gastgeschenk hatte Griefahn eine große „Ganztagsschul-Uhr“ mitgebracht, die vielleicht in der neuen Mensa die Zeit anzeigen könnte. Direktor Johannes Klapper, sein Stellvertreter Otto Nordmeyer sowie Studiendirektor Friedhelm Wilkens und der Schulleiternratsvorsitzende Hubert J. Lux informierten die Bundestagsabgeordnete über die vorgesehenen Baumaßnahmen am Gymnasium. Bald wird es eine neue Mensa für den Ganztags-schulbetrieb geben und eine Cafeteria für die Nutzung zwischendurch. Geplant sind auch dringend benötigte Unterrichtsräume.

SFA wehrt sich gegen Rechts

Die Anträge der SPD und der Grünen zur Kreistagssitzung am 9. März wurden einstimmig verabschiedet. Damit ziehen alle politischen Kräfte an einem Strang, um rechts-extremistische Umtriebe im Landkreis Soltau-Falling-bomle zu unterbinden. In Absprache mit dem Landkreis hat ein Sozialraumpartner sich um Teilnahme am Bundesprojekt „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ beworben, an dessen Finanzierung sich der Landkreis beteiligen wird, wenn der Zuschlag erteilt wird. Hiermit sollen Vernetzungsstrukturen auch über den Förderzeitraum von drei Jahren hinaus aufgebaut werden.

Gedenkstätte: Es geht voran

Monika Griefahn informiert sich über Entwicklung der Bernauer Straße



Monika Griefahn vor der Gedenkstätte Bernauer Straße.

Bis 2011 soll die Bernauer Straße zur Hauptgedenkstätte für die Geschichte des geteilten Berlins und der Mauer werden. Monika Griefahn folgte einer Einladung von Stadt und Gedenkzentrum, um sich über die Entwicklung des Areals zu informieren. Dort sind Teile des Mauerstreifens mit Mauerteilen erhalten. Eine Gedächtniskirche hält regelmäßig Andachten für die Toten der Mauer.



KGS ist „Schule ohne Rassismus“

Monika Griefahn hat die Projekt-Patenschaft für die Schneverdinger Schule übernommen

An der KGS Schneverdingen haben 1.368 Schüler mit ihrer Unterschrift ein Zeichen gegen Rassismus an der KGS gesetzt. Dies wurde kürzlich honoriert mit der Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Monika Griefahn ist Patin dieses Projekts.

Die Übergabe von Urkunde und Metallschild an Schulleiter Wolfgang Winter und die betreuende Lehrkraft Bettina Fack erfolgte durch Sebastian Wolters aus dem niedersächsischen Innenministerium im Rahmen einer Veranstaltung, an der auch zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teilnahmen. Die Moderation der Feierstunde

hatten Annika Sack, Iris Wigand und Alexander Webb übernommen, den musikalischen Rahmen gestaltete die Schulband. Schüler der AG aus den fünften und sechsten Klassen spielten eine beeindruckende Szene zum Thema Diskriminierung.

Dr. Christopher Schmidt, stellvertretender Bürgermeister Schneverdingens, fand deutliche Worte: „Kein Platz für Nazis! ‚Mit uns nicht‘ ist das Signal, das von der KGS ausgehen soll.“ Monika Griefahn gratulierte der Arbeitsgruppe „Nein zu Rassismus“ und der gesamten Schule zur Verleihung des Titels. „Die Patenschaft habe ich gerne übernommen, denn das Selbstverständnis des Projekts entspricht meiner persönlichen Grundhaltung: Aktivitäten gegen Diskriminierung zu entwickeln und sich mit Diskriminierung offen auseinanderzusetzen, wenn man Zeuge wird. Der



Die Schüler der KGS Schneverdingen beziehen Stellung gegen Rechts.

Ansatz dieses Projektes ist gut, denn Schülerinnen und Schüler werden selbst aktiv. ‚Schule ohne Rassismus‘ wird nicht von oben übergestülpt.“ Es gehe im Kampf gegen Rechts darum, die Demokratie zu stärken und damit schon möglichst im Kindesalter zu beginnen. Alexander Webb von der AG gegen Rassismus bedankte sich für die Unterschriften und die Unterstützung. Er

erinnerte an Gegenstimmen, die sagen, es gebe in der Stadt kein Problem, sondern man mache das Problem mit dieser Aktion. „Aber schon ein Rassist ist einer zuviel“, stellte er klar. Die Teilnehmer der Veranstaltung zogen dann mit Transparenten zum Bahnhof, wo Uwe Nordhoff und Adolf Staack aus ihrem Buch „Nur Gott der Herr kennt ihre Namen – KZ-Züge auf der Heidebahn“ vorlasen.



Monika Griefahn ist Patin des Projekts.

Fernsehgebühren auch laut EU erlaubt

EU-Kommissarin Viviane Reding überbringt gute Nachrichten zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag traf Monika Griefahn Anfang März nicht nur mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, sondern auch mit den EU-Kommissaren Jan Figel und Viviane Reding zusammen. Bei allen Gesprächen ging es um Fragen der europäischen Bildungs- und Kulturpolitik. Besonders wichtig war Monika Griefahn die Frage der

Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, über die sie mit Viviane Reding sprach. „Für mich ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein wichtiger Bildungsfaktor“, sagte Monika Griefahn. Sie war darum froh, von der EU-Kommissarin zu erfahren, dass ein Grundsatzstreit über dessen Existenz durch die Erhebung von Gebühren nun beigelegt ist. Beihilfen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk seien laut Kommission erlaubt,

erfuhr Griefahn, allerdings nur unter Bedingungen. Beispielsweise seien hohe Anforderungen an die Transparenz der Finanzierung zu stellen. Das duale System aber habe die Kommission nie in Frage gestellt. Die Diskussionen mit den EU-Parlamentariern und den beiden Kommissaren umfassten darüber hinaus ein breites Spektrum europäischer kulturpolitischer Themen.



Monika Griefahn und EU-Kommissarin Viviane Reding.



Der deutsche Film kommt voran

Monika Griefahn sprach anlässlich der Berlinale im Kulturforum des Willy-Brandt-Hauses

Anlässlich der diesjährigen Berlinale, Deutschlands wichtigstem Filmfestival, sprach Monika Griefahn als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien und stellvertretende Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie zur Situation des deutschen Films im Willy-Brandt-Haus. Sie würdigte, dass der deut-

sche Film seit dem Einsatz des ersten Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Michael Naumann, also seit 1998, mehr und mehr Aufmerksamkeit und Förderung erfahren hat. Das habe ihn auch international weit voran gebracht. Der Oscar für den Streifen „Das Leben der anderen“ für den besten nicht-englisch-

sprachigen Film sei ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Der Anteil des deutschen Films im Kino lag 2006 bei 25 Prozent. Auch die große Koalition knüpfte an die bisherige Arbeit an, ob es mit der neuen Filmförderung, oder der kommenden Novelle des Filmförderungsgesetzes sei. Die Politik hat nach Griefahns Überzeugung ihre Rolle

gut wahrgenommen: „Diese Art des politischen Engagements für Kunst und Kultur kann in meinen Augen nur richtig sein. Politik schafft möglichst positive Rahmenbedingungen, in der sich die Kunst frei entfalten kann. So hat Politik die Möglichkeit auch inhaltliche Qualität zu fördern, fernab jeglicher Repression.“



Wer strahlt mehr? Zwei Schwestern freuen sich um die Wette – und dem Herren in der Mitte gefällt's: Monika und Sonja Griefahn mit Außenminister Steinmeier bei der Berlinale.



Jazz: Die AG „Kultur und Medien“ der SPD-Fraktion traf sich zu einer Expertenanhörung mit Jazz-Fachleuten, um sich über die Situation der Musikrichtung in Deutschland zu informieren.

KURZ GEMELDET

Uwe Harden wieder nominiert

Einstimmig nominierten die Delegierten aus der Elbmarsch, Hanstedt, Salzhaußen, Stelle und Winsen den SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Harden jetzt für die Landtagswahl 2008. Monika Griefahn gratulierte.



Gratulation für Uwe Harden.

Kulturelle Vielfalt

Ergebnisse der deutsch-französischen AG

Die kulturelle Vielfalt in Europa zu prüfen und zu sichern, dieser Aufgabe stellte sich eine im Februar 2005 eingerichtete Arbeitsgruppe des deutschen Bundestages und der französischen Assemblée Nationale. Nachdem in Deutschland die Bundestagswahlen den Arbeitsplan der Parlamentarier durcheinander gebracht hatte, können nun Ergebnisse vorgelegt werden. Diese flossen in die Berliner Erklärung im Rahmen des Festaktes zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge ein. Sie werden Anstoß sein für die künftige Ausgestaltung der kulturellen Rahmenbedingungen in Deutschland und Frankreich, aber auch in der gesamten EU. Sowohl die deutschen als auch die französi-

schen Abgeordneten sprechen sich dafür aus, dass Künstler ihre Urheberrechte auch weiterhin durchsetzen können und dem Internet und seinen vielen kostenlosen Angeboten nicht machtlos gegenüberstehen. Den Parlamentariern ist ebenfalls wichtig, dass in Europas Schulen immer zwei Fremdsprachen bis zum Schulabschluss gelehrt werden. Bezüglich kultureller Güter wie Kino und Theater setzen sie sich dafür ein, dass diese auch weiterhin bezuschusst werden dürfen und nicht nur wirtschaftliche Kriterien gelten. Kulturprodukte, insbesondere Filme, die zum Beispiel durch ihre Sprache per se nur einen kleinen Markt erschließen können, wären sonst nicht konkurrenzfähig.

ANSPRECHPARTNER

Büro Berlin:
Felix Falk, Renate Mantzke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail:
monika.griefahn
@bundestag.de
Tel.: 030 / 2277-2425

Für Soltau-Fallingb.:
Gunda Ströbele
Uppen Drohm 19
29643 Neuenkirchen
E-Mail:
sfa@monika-griefahn.de
Tel.: 05195 / 5050

Für den Landkreis Harburg:
Bürgerbüro Winsen
Matthias Westermann
Brauhoferstraße 1
21423 Winsen
E-Mail:
monika.griefahn
@wk.bundestag.de
Tel.: 04171 / 780171

Für den Infobrief:
Petra Reinken
Tel.: 040 / 69 456 987